

**Stellungnahme zum Haushalt 2012 des Landkreises Göppingen**

-02. Dezember 2011-

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,  
meine Damen und Herren,

im Gegensatz zu manch anderen Bürgervertretern die auch über weit umfangreichere und fast schon nicht mehr (be-) greifbare Haushaltszahlen Bund und Land) zu beraten und zu beschließen haben, können wir uns heute zu einem Haushaltsentwurf äußern, dessen Zahlen wir verstehen, bei dem wir wissen woher das Geld kommt und wohin es geht. Wir wissen wofür wir geradestehen, kennen unsere Kredit- und Bürgschaftsverpflichtungen mit den damit verbundenen Belastungen für unseren Haushalt und haben ein noch einigermaßen funktionierendes Verantwortungsbewusstsein für den Einsatz der uns anvertrauten Mittel.

Wenn wir heute zum „letzten kameralen Haushalt des Landkreises“ Stellung nehmen, empfinden wir wechselseitige Gefühle.

Zum einen das Bedauern über den Abschied von der bewährten Kameralistik an die wir uns gewöhnt haben, mit der wir umgegangen sind und bei der wir wussten, wo man genau hinschauen musste, um zu erkennen, wie denn der Landkreis finanziell dasteht und an welchen Stellschrauben ggf. zu drehen ist, damit die eh schon eingeschränkte (falls überhaupt noch gegebene) Handlungsfähigkeit des Kreistags, ausgeübt werden konnte.

Zum anderen erkennen wir, zwar noch etwas nebulös, Chancen, die uns die neue Buchführung, die Doppik bietet. Doch dazu bei anderer Gelegenheit mehr.

Zutreffend und nachvollziehbar haben Sie, Herr Landrat Wolff und Herr Kreiskämmerer Stolz, im Vorbericht zum Haushalt 2012 und in Ihren Haushaltsreden die finanzielle Situation des Landkreises dargestellt. Sie haben auf die (im Vergleich zu anderen Kreisen) lediglich zaghafte Erholung der Kreisfinanzen hingewiesen und die Vorbelastungen durch die in 2012 notwendige Defizitabdeckung (2,8 Mio. €) aus dem Klinikbetrieb nicht außer acht gelassen.

Ohne diese Belastung (Zitat) könnte der Kreisumlagehebesatz gegenüber dem Jahr 2011 unverändert (bei 39,6%) bleiben.

Hätten Sie diese Aussage genauso getroffen, wenn im Zeitpunkt der Entwurfs-Fertigung, die Zahlen des zweiten Finanzzwischenberichtes und der November-Steuerschätzung 2011 bekannt gewesen wären?

Wahrscheinlich nicht.

Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (ca. 1 Mio. €), Verbesserungen bei div. Gebühren (ca. 150 T€), höhere Schlüsselzuweisungen (ca. 1,2 Mio. €) und erhebliche Verbesserungen bei der Bundeserstattung für die Kosten für Unterkunft und Verpflegung (SGB II) ermöglichen es u.E. problemlos, die Abdeckung des Klinikfehlbetrages aus dem zu erwartenden, erfreulichen Ergebnis 2011 zu finanzieren und den Haushalt 2012 damit nicht zu belasten. Wenn wir Ihre Mitteilung von vorgestern, Herr Stolz, richtig verstanden haben, sehen Sie dies exakt genauso.

Trotz dieser positiven Entwicklung, die sich wohl auch 2012 fortsetzen wird (1,587 Mio. € bei den Schlüsselzuweisungen), müssen wir zum wiederholten Male feststellen, dass der Landkreis und wir als Kreisräte, so gut wie keine eigenen Handlungsmöglichkeiten haben. Angesichts der uns auferlegten Pflichtaufgaben und damit auch der Pflichtausgaben, ist im Prinzip kein selbständiges Handeln und Gestalten möglich.

Wir sind in hohem Maße fremdbestimmt.

Ein verantwortungsbewusstes, nachhaltiges Handeln ist fast so gut wie ausgeschlossen.

Das Landkreisvermögen (Straßen und Gebäude) kann nicht im erforderlichen Umfang erhalten werden. Und ob die wenigen Unterhaltungsmaßnahmen ausreichen, erscheint mehr als fraglich.

Auch wenn der Soziallastenausgleich eine bescheidene Entlastung (prognostiziert sind 460 T€) mit sich bringt, bleibt der Sozialhaushalt der größte Posten im gesamten Etat.

Insofern muss es ständige Aufgabe sein, diese Mittel zielgenau, bedarfsorientiert und vor allem effektiv einzusetzen.

Die Verwaltung hat vor rund einem Jahr über die Einführung des Sozialcontrollings berichtet und dabei die verschiedenen Stufen des operativen Controllings vorgestellt:

1. Stufe: Finanzcontrolling
2. Stufe: Ziel- und Ressourcencontrolling
3. Stufe: Qualitätscontrolling

Es wurde erläutert, dass im Rahmen des umzusetzenden Organisationsentwicklungsprozesses auch Hinweise auf strategische Hebel (auch hier scheint es Hebel zu geben) hinsichtlich eines effektiven Mitteleinsatzes im Sozialhaushalt, wie auch für die gesamte Landkreisverwaltung erwartet werden.

Gleichzeitig hat die Verwaltung sich zum Ziel gesetzt, dass das Sozialcontrolling kostenneutral implementiert wird und damit bei entsprechenden Steuerungsfeldern ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden kann.

Das Ganze soll eine intelligente Investition darstellen.

Vor dem Hintergrund, dass der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 (Soziale Sicherung) im kommenden Haushaltsjahr mit fast 96 Mio. € eine Rekordmarke erreichen wird (Steigerung gegenüber Haushaltsansatz 2011 fast 1 Mio. €) ist nach unserer festen Überzeugung gerade auch auf diesem Steuerungsfeld dringender Handlungsbedarf gegeben.

**Wir 1 beantragen:**

**Die Verwaltung berichtet zeitnah über konkrete Maßnahmenvorschläge, ggf. auch über bereits schon eingeleitete Maßnahmen des Sozialcontrollings. Dieser Bericht soll ebenfalls aufzeigen, ob und wie der Kostensteigerung im Sozialhaushalt zeitnah und wirkungsvoll entgegengesteuert werden kann.**

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben und einer Kooperationsvereinbarung auf Landesebene ist auch im Landkreis Göppingen beim Landratsamt ein Pflegestützpunkt als neutrale Beratungsstelle eingerichtet worden. Dieser wurde Ende Januar 2011 eröffnet und hat seine Tätigkeit aufgenommen. Neben der Anschubfinanzierung hat der Landkreis von den jährlich anfallenden Personal- und Sachkosten in Höhe von 80 T€ ein Drittel zu tragen. Eines der Ziele ist die Stärkung der ambulanten Versorgung durch eine kompetente, objektive Beratung der Pflegeangehörigen aus einer Hand. Ebenso soll eine Zusammenarbeit des Pflegestützpunktes mit allen auf diesem Gebiet tätigen Kooperationspartnern angestrebt werden. Für uns stellt sich die Frage, ob sich die mit der Einrichtung des Pflegestützpunktes verbundenen Erwartungen erfüllt haben. Wir haben den Eindruck, dass hier eine „Doppelstruktur“ geschaffen wurde. Nach unserer festen Überzeugung, die auf praktischen Erfahrungen basiert, verfügen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie- und Sozialstationen in unserem Landkreis auch über eine sehr hohe und äußerst qualifizierte Beratungskompetenz. Nach unserer Wahrnehmung sind von den Angehörigen der zu Pflegenden in den Städten und Gemeinden keine Klagen zu hören, wonach es vor Ort nicht die notwendige Beratung über die vorhandenen Pflegeangebote gibt.

Wir 2 beantragen:

**Die Verwaltung berichtet im Sozialausschuss über die Inhalte und den bisherigen Umfang der Arbeit beim Pflegestützpunkt. Dabei interessiert uns auch die Einschätzung der Verwaltung, ob die mit der Einrichtung des Pflegestützpunktes verbundenen Ziele und Erwartungen erreicht wurden bzw. eingetreten sind. Hilfreich wären auch diesbezügliche Erfahrungsberichte aus den Diakonie- und Sozialstationen.**

Eine hochinteressante Veranstaltung hat in diesem Jahr in Nürnberg stattgefunden: Das KGSt-Forum.

Lassen Sie uns kurz auf den Themenbereich „Geschäftsprozessoptimierung“ eingehen. Es war äußerst beeindruckend zu erfahren, wie Kommunen (Esslingen, Dortmund) und andere Einrichtungen (Bistum Trier) daran gegangen sind, ihre Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung zu optimieren.

Was ist dabei herübergekommen:

1. Die Notwendigkeit, über Abläufe und ihre Effizienz in den Büros (Amtsstuben) nachzudenken, ergibt sich aus der Situation, dass die Aufgaben immer mehr, die Ansprüche immer größer werden und gleichzeitig die personellen Ressourcen mangels Finanzen nicht weiter vermehrbar sind. Dazu müssen häufig neue – andere – Wege gegangen werden. Dies dauert seine Zeit.
2. Das Erkennen von Schwachstellen und das Hinterfragen von „Altbewährtem“ ist häufig nur durch einen externen, also einen Blick von außen auf die Verwaltungsabläufe möglich.
3. Der Weg, der gegangen werden soll, kann nur zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegangen werden. Er beginnt aber zunächst in den Führungsetagen und in den Köpfen der Amtsleitungen. Nur wenn man dort bereit und offen ist, einen modernen, zukunftssträchtigen Weg zu beschreiten, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugt mitmachen. Dann kann aus einer „Verwaltungsbehörde“ mit teilweise „Abfertigungscharakter“ ein kundenorientierter Dienstleister entstehen.
4. Unsere Bitte an die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag: Begleiten Sie diesen, von Landrat Wolff angestoßenen Modernisierungsprozess (Organisationsentwicklung) unverzagt und mit Nachdruck. Der eingeschlagene Weg ist der Richtige. Die Potenzialanalyse zeigt Schritte auf, die nach weiteren Detailuntersuchungen dann auch getan werden müssen. Unsere Unterstützung und unser Rückhalt sind dabei unverzichtbar.

Es muss gelingen, die Verwaltungsabläufe so zu gestalten, dass sie insgesamt effektiver und damit auch wirtschaftlicher werden. Dies ist angesichts ständig steigender Personalaufwendungen (pro Jahr ca. 1 Mio. €) geradezu unerlässlich.

Auch wenn die Bildung der Organisationseinheit Persönliche Referentin des Landrats / Wirtschaftsförderung / Standortkommunikation / Tourismusförderung / Öffentlichkeitsarbeit und Förderprogramme beim Landrat nicht überall auf Verständnis und Unterstützung stößt, wir tragen diese Maßnahme mit.

Allerdings sind damit auch Erwartungen verbunden. Nicht in allen Bereichen werden von heute auf morgen Erfolge zu verzeichnen sein.

Wir gehen aber fest davon aus, dass in den kommenden 6 – 9 Monaten erkennbar sein wird, wohin der Weg führt.

**Wir /3 beantragen:**

**Der Verwaltungsausschuss erhält spätestens im 4. Quartal 2012, dort wo möglich auch schon früher, einen Tätigkeits- und Erfolgsbericht aus den Bereichen Persönliche Referentin des Landrats / Wirtschaftsförderung / Standortkommunikation / Tourismusförderung / Öffentlichkeitsarbeit und Förderprogramme.**

Langsamer als zunächst angenommen bewegen wir uns im Bereich der Kliniken gGmbH auf die schwarze/rote Null zu.

Die von Geschäftsführung und Aufsichtsrat angestrebte betriebliche und bauliche Weiterentwicklung findet unsere Unterstützung genauso wie die Ausarbeitung eines externen Gutachtens.

Wir sind uns im klaren darüber, dass der jährliche Investitionsbedarf mit durchschnittlich 10 – 15 Mio. € voll auf unseren Vermögens-Haushalt durchschlägt.

Das Investitions-Tableau ist ja so ausgerichtet, dass ein Teil der Maßnahmen auch als Instandhaltung bewertet werden kann. Wenn, was zu erwarten ist, das NKHR den üblichen betriebswirtschaftlichen Regeln folgt, werden solche Maßnahmen zukünftig in noch stärkerem Maße den Haushalt beeinflussen als „Neu-Investitionen“.

**Wir /4 beantragen:**

**einen Bericht, der die wechselseitigen Auswirkungen zwischen Wirtschaftsplan und Kreishaushalt darstellt.**

Völlig neue Erfahrungen konnten wir am vergangenen Sonntag im Hinblick auf eine bisher so nicht praktizierte „Bürgerbeteiligungskultur“ machen.

Das Ergebnis, ob es den gehegten Wünschen entspricht oder nicht, wird nachdem was zu hören und zu lesen ist, von den allermeisten Akteuren akzeptiert. Das ist nicht nur in Ordnung, sondern entspricht guter, demokratischer Gepflogenheit.

Nun muss sich im weiteren Verlauf der Entwicklung zeigen, ob sich die dargestellten Verbesserungen für unseren Landkreis und damit für die Bevölkerung auch einstellen.

Es wird unsere Aufgabe sein, aus Kreissicht die anstehenden Planungen und Realisierungen weiterhin zu begleiten.

Daneben gilt es auch, unsere eigenen Hausaufgaben weiter zu bearbeiten. Die Gründung des Mobilitätsverbundes „Filsland“ zunächst als Tarifverbund und unsere Beteiligung am „Metropolticket“, sind sicher Meilensteine bei der Förderung des ÖPNV.

Die Entwicklung in beiden Bereichen ist zu beobachten.

**Wir /5 beantragen:**

**Die Verwaltung berichtet im Laufe des Jahres 2012 über die Entwicklung der Ausgleichszahlungen des Landkreises beim „Filsland“ und beim Metropolticket. Sollten erste Erkenntnisse über die Entwicklung der Nutzerzahlen vorliegen, bitten wir auch darüber zu berichten. (wobei das eine ohne das andere wohl nicht möglich ist)**

Im Haushaltsentwurf ist für die Fortschreibung/Ergänzung/Überarbeitung des Kreisverkehrsplanes ein Betrag in Höhe von 50 T€ eingestellt. Wir gehen davon aus, dass bei der Erstellung realisierbarer Konzepte im Hinblick auf einen integrierten Taktfahrplan (Anschlussvernetzung) Bus – Schiene / Schiene – Bus das Engagement der Verwaltung in gleichem Umfang feststellbar ist, wie beim eingeforderten S-Bahn-Anschluss.

**Wir erneuern unseren /6 Antrag:**

**Im Zusammenhang mit der Fortschreibung/Ergänzung/Überarbeitung des Kreisverkehrsplanes werden realisierbare Konzepte für einen integrierten Taktfahrplan (Anschlussvernetzung) Bus – Schiene / Schiene – Bus entwickelt und dargestellt.**

Beim Thema S-Bahn-Anschluss ist ja die finanzielle Förderung von Bund und Land von erheblicher Bedeutung. Jetzt wissen wir, dass im Rahmen der Föderalismusreform die Bundeszuschüsse wohl ab 2019 (?) wegfallen.

**Wir /7 beantragen:**

**Die Verwaltung berichtet im UVA über die Fördersituation nach Wegfall der Bundeszuschüsse im Zuge der Föderalismusreform.**

Nach wie vor ein Ärgernis und absolut unbefriedigend ist die Situation beim Schurwald-Querungsverkehr durch den Schwerlastverkehr. Die Belastung der an den Durchfahrungsstrecken wohnenden Bevölkerung ist ins Unerträgliche gestiegen.

Alle Forderungen, alle Initiativen, hier eine Verbesserung durch Verkehrslenkung bzw. Verkehrsbeschränkung zu erzielen, werden mit Regelmäßigkeit unter Hinweis auf Verkehrszählungen, Geschwindigkeitsmessungen und den zur Überarbeitung anstehenden Regionalverkehrsplan zurückgewiesen bzw. zurückgestellt. Diese Art der Behandlung berechtigter Bürgerinteressen ist so nicht hinnehmbar.

**Wir /8 beantragen erneut:**

**Die Verwaltung zeigt Lösungen auf, wie die Schurwaldquerungen vom Schwerlastverkehr entlastet werden können. Sollten bei der Anordnung entsprechender Maßnahmen die Zuständigkeiten nicht beim Landratsamt sondern beim RP bzw. beim Ministerium liegen, bitten wir um Darstellung der rechtlichen Zuständigkeit und um Benennung der Verantwortlichen.**

Derzeit gibt es Überlegungen, ja sogar recht gute Chancen, dass die Kommunen im Voralbgebiet und im Oberen Filstal in das Biosphären-Gebiet „Schwäbische Alb“ einbezogen werden können.

Das Ministerium Ländlicher Raum, das seit dem Regierungswechsel neuerdings für den Tourismus zuständig ist, steht diesen Überlegungen offen gegenüber.

Mit einer solchen Arrondierung würden touristische Initiativen in den beteiligten Kommunen einen sehr positiven Impuls erfahren.

**Wir beantragen /9, dass die Verwaltung in Abstimmung mit dem Verband Region Stuttgart, der eine solche Initiative zur Erweiterung ebenfalls unterstützt, zeitnah die hierfür notwendigen Gespräche mit den in Frage kommenden Kommunen führt. Gleichzeitig bitten wir zu gegebener Zeit um einen Sachstandsbericht im zuständigen Gremium.**

Verschiedentlich ist in den letzten Wochen von der Verwaltung darauf hingewiesen worden, dass aus dem geplanten Erwerb einer neuen Gemeinschaftsunterkunft (Hotel Primus) wohl nichts wird.

Als Folge daraus wird im Verwaltungshaushalt ein entsprechender Mietansatz einzustellen sein.

Das bedeutet gleichzeitig, dass der Planansatz im Vermögenshaushalt mit 1,5 Mio. € ersatzlos zu streichen ist.

Um diesen Betrag kann die vorgesehene Neuverschuldung reduziert werden. Wir schlagen vor, dass in der nächsten Änderungsliste diese Aktualisierung erfolgt.

**Hilfsweise /10 beantragen wir:**

**Der Planansatz über 1,5 Mio. € (HHPI. S. 392) wird ersatzlos gestrichen.  
Der Planansatz Kreditaufnahme (HHPI. S. 427) wird entsprechend reduziert.**

Mit dem Hinweis auf meine eingangs gemachten Ausführungen zur verbesserten Finanz- und Haushaltssituation nach der Novembersteuerschätzung, dem zweiten Finanzzwischenbericht und der Kämmereimitteilung vom 30.11.2011, komme ich zu den Kernfragen eines jeden Haushalts: Wie viel Kredite müssen wir aufnehmen und wie hoch bzw. wie niedrig fällt der Kreisumlagehebesatz aus?

Anhand der uns vorgelegten, aktuellen Zahlen ergibt sich ein „Verbesserungsbetrag“ gegenüber dem Entwurf von 4,4 Mio. Euro. 2,8 Mio. € weniger Defizitabdeckung Kliniken (erfolgt durch RA 2011) und 1,587 Mio. € mehr an Schlüsselzuweisungen.

Wir sind insofern in der komfortablen Situation, zweierlei zu erreichen:

- a) Keine neuen Schulden und
- b) moderate Gestaltung der Kreisumlage.

Oberstes Ziel muss sein ==> wir wollen keine neue Schulden!  
Das können wir erreichen.

Und wenn wir, was unser Anliegen ist, Rücksicht auf die Haushalte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nehmen wollen, halten wir es für vertretbar, den Kreisumlagehebesatz auf unter 40 %-Punkte festzulegen. Wir hätten dann miteinander, Kreisräte und Verwaltung, die Aufgabe, noch ein paar Hunderttausend Euro „zusammenzustupfen“, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.  
Auch das ist machbar.

Ein erster Schritt ist die Reduzierung des Ansatzes für Kreditzinsen. Bei 5,1 Mio. Euro weniger Schulden ergibt sich bei einem angenommenen Zinssatz von 3,5 % und einem 1/2 Jahr Zinszahlung schon der ordentliche Betrag von 87500 €.

Zudem gehen wir äußerst zuversichtlich davon aus, dass der Abschluss 2011 und auch die Entwicklung für den Plan 2012 weitere Verbesserungen bringen, die uns die restliche Summe locker aufbringen lassen.  
Ein geeignetes Gremium, diese Aufgabe zu bewältigen bzw. entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, könnte nach unserer Einschätzung die Haushaltsstrukturkommission sein.  
Letztendlich wird selbstverständlich der Kreistag das letzte Wort haben.

Daraus ergibt sich folgender **11** Antrag:

1. **Verzicht auf die Neukreditaufnahme (5,1 – 1,5 – 3,6 = 0,0)**
2. **Festsetzung Kreisumlagehebesatz unter 40%-Punkte**
3. **Auftrag an die Verwaltung und an die Haushaltsstrukturkommission das notwendige, „restliche Einsparvolumen“ darzustellen.**

Uns ist mit diesem Antrag klar, dass damit die von der Verwaltung überlegten, vorgezogenen Investitionskostenzuschüsse an die Kliniken gGmbH **jetzt** nicht berücksichtigt werden können, sondern entsprechend dem Masterplan zu verfahren zu verfahren ist, der diese Maßnahmen in 2012 noch nicht vorsieht.

Unser Dank geht an Sie Herr Landrat Wolff und an Sie Herr Kreiskämmerer Stolz, für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2012, bei der Sie durch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wesentliche Unterstützung erfahren haben.

Wir bedanken uns bei allen Damen und Herren unserer Landkreisverwaltung, unserer Betriebe und Beteiligungsunternehmen für die engagierte und qualifizierte Mitarbeit - jede/r an seinem Platz.

Besonderen Dank sagen wir Ihnen Herr Prof. Dr. Martin und Herr Schmid für ihren wahrlich nicht immer leichten, verantwortungsvollen und wie wir meinen letztendlich auch erfolgreichen Einsatz für die Klinik am Eichert und die Helfensteinklinik.

Einbeziehen wollen wir das gesamte Personal im Klinikbereich, sei es in der Medizin, der Pflege, der Administration, der Versorgung und des Betriebs.

Den Mitgliedern meiner Freien-Wähler-Fraktion danke ich für die umfangreiche Unterstützung bei der Ausarbeitung unserer Haushaltsstellungnahme und für die vielfältige Hilfe bei der Fraktionsarbeit.

Und bei Ihnen meinen sehr verehrten Damen und Herren bedanke ich mich für's Zuhören und Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

\*\*\*\*\*